

# Der Weg zur Einheit

## Für eine europäische Föderation

Thomas Jansen\*

»» Der europäische Integrations- und Einigungsprozess zielt ab auf die politische Einheit unseres Kontinents im Respekt vor seiner nationalen und kulturellen Vielfalt; sie machen die Ethik der europäischen Einigungspolitik aus.



### Pour une Europe fédérale

Suite aux nombreuses difficultés et échecs, les valeurs de l'Europe, que sont la solidarité et la subsidiarité, la paix et la liberté, la réconciliation, la tolérance et la justice, sont en péril. Une situation, estime l'auteur, qui devrait inciter les Européens convaincus à mieux envisager l'avenir d'un projet qui semble atteindre ses limites.

Si le processus engagé depuis 75 ans est un succès, les méthodes doivent désormais être mieux adaptées à la mondialisation et à la numérisation, contre les tendances égoïstes et nationalistes. Les états membres de l'Union européenne devraient enfin reconnaître qu'ils ne sauraient trouver leur souveraineté qu'au sein de la communauté et non plus dans des actions menées isolées indépendamment de leurs voisins.

Réd.

Solidarité und Subsidiarität, Frieden und Freiheit, Versöhnung, Toleranz und Gerechtigkeit sind die Werte, die für die inhaltliche Bestimmung und die Motivierung dieses Projekts von besonderer Bedeutung sind: In einer Zeit der Schwierigkeiten und der Rückschläge, die scheinbar das Scheitern des Projekts beweisen, ist es geboten, vor dem Hintergrund der in der Krise gemachten Erfahrungen über seine Zukunft nachzudenken.

Die politischen Institutionen und Verfahren, in denen sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges die europäische Einigungsbewegung manifestiert hat, haben auf dem Wege einer allmählichen, dynamischen Verschränkung und Verflechtung einer immer größeren Zahl von Staaten die Versöhnung der Völker Europas vorangetrieben und ihren Frieden gesichert. Diese Methode ist jedoch an ihre Grenzen gestoßen.

Die Einheit Europas kann nur in der Kontinuität des vor 75 Jahren eingeleiteten und im Wesentlichen erfolgreichen Prozesses verwirklicht werden. Aber in seinen Methoden ebenso wie in seinen Inhalten wird dieser Prozess in Zukunft den neuen Forderungen, die insbesondere von der Globalisierung und der Digitalisierung diktiert sein werden, entsprechen müssen. Die Aufgaben, die zu bewältigen sind, verlangen nach einer von allen Mitgliedern anerkannten Autorität, die sich gegen egoistische oder nationalistische Positionen durchzusetzen weiß.

\* Thomas Jansen, Journalist, ehemaliger Chefredakteur von *Dokumente*, war von 1983 bis 1994 Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, ehe er 2000 die Funktion des Kabinettschefs des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses übernahm. Er lebt in Triest (Italien). Die italienische Version seines Beitrags wurde kurz vor dem britischen Referendum veröffentlicht – die Analyse bleibt aber nach wie vor aktuell.

Die schweren Krisen, die das politische und institutionelle System der Europäischen Union immer wieder an den Rand seiner Funktionsfähigkeit gebracht haben, sowie zuletzt die große Herausforderung durch einen unübersehbaren und unaufhaltsamen Strom von Menschen, die als Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens und den Elendsgebieten Afrikas in den Ländern der Union Zuflucht suchen, sind geeignet, die Erschütterung und den Druck zu erzeugen, um die notwendige Einsicht entstehen zu lassen.

Es ist an der Zeit, dass die Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union der nationalen Souveränität abschwören, von der ohnehin nicht viel mehr übrig geblieben ist als die Fähigkeit, notwendige Entwicklungen zu verhindern. Sie sollten endlich anerkennen, dass ihre Staaten heute und morgen Souveränität nur in der Gemeinschaft miteinander finden können. Denn unter den Bedingungen der Globalisierung und der Digitalisierung besteht Souveränität nicht mehr darin, unabhängig von seinen Nachbarn tun oder lassen zu können, was man will, sondern vielmehr darin, sich auf die Nachbarn verlassen zu können und mit ihnen gemeinsam die gemeinsamen Probleme zu bewältigen.

### Mehr Demokratie wagen

Diese Einsicht sollte zur Einberufung eines nationalen und europäischen Abgeordneten zusammengesetzten Verfassungskonvents führen, der den konstitutionellen Umbau der Union in eine Föderation beschließt, die über eine institutionelle Struktur mit wesentlichen Elementen der Europäischen Union übernehmen könnte, um diese jedoch im Sinne der Demokratie und des Föderalismus konsequent weiterzuentwickeln: die Regierungsfunktion für alle Politikbereiche sollte der vom Europäischen Parlament kontrollierten Kommission obliegen. Der Ministerrat sollte als Staatskammer neben dem Parlament für die Gesetzgebung zuständig sein. Die Legitimation der Kommission als Regierung sollte vom Parlament im Einvernehmen mit dem Ministerrat besorgt werden – und zwar unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Europa-Wahlen, bei denen die Par-

teien ihre jeweiligen Kandidaten für diese Position ins Rennen schicken.

### Plädoyer für eine europäische Föderation

In der Europäischen Föderation werden die Mitgliedstaaten für weite Bereiche der Politik ein erhebliches Maß an Verantwortung wahrnehmen – und zwar insbesondere für die Bereiche der Innenpolitik, der Sozialpolitik, der Kulturpolitik und der Bildungspolitik. Im Übrigen stehen ihre Ressourcen der Föderation für die Bewältigung gemeinschaftlicher, föderaler Aufgaben zur Verfügung. Durch ein System des föderalen Finanzgleichs wird darüber hinaus die finanzielle Solidarität der Mitgliedstaaten institutionalisiert.

Der Euro wird die Währung der gesamten Föderation. Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik werden ebenso wie Organisation und Einsatz des Militärs zu den ausschließlichen Befugnissen der Föderation gehören.

Über ein Forum der Regionen und Kommunen erhalten die Gebietskörperschaften Möglichkeiten der Mitwirkung an der Gesetzgebung und der Mitgestaltung der Politiken, die sie in besonderer Weise betreffen. Die Stärkung der partizipativen Demokratie erfolgt über das Forum der Zivilgesellschaft.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die der Föderation nicht beitreten, bleiben jedoch assoziiert und den Regeln des Binnenmarktes unterworfen. Allen anderen europäischen Staaten, die der Föderation nicht beitreten wollen, bietet die Föderation entsprechende Assoziations-Verträge an.

Die Europäische Föderation wird der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ein hohes Maß an Priorität einräumen. Die Handlungsfähigkeit, die das föderale Regierungssystem bietet, erlaubt ein entschiedenes Auftreten und Eingreifen wenn es im Interesse des Friedens nötig ist. Die Mittel und Möglichkeiten, die sich aus der neu gewonnenen Einheit ergeben, wird die Föderation dafür einsetzen, in solidarischer Partnerschaft die wirtschaftliche, soziale und demokratische Entwicklung der notleidenden und gefährdeten Länder Afrikas und des Nahen Ostens mitzugestalten.